



NRW in Aktion

*Der Protesttag 4. Dezember
übertraf alle Erwartungen
und wird nicht ohne
politische Folgen bleiben*

Der 4. Dezember 2006 ist ein guter Tag für die Patienten, für die Gesundheitsberufe und für die Krankenhäuser in Deutschland gewesen. Der bundesweite Aktionstag unter dem Motto „Patient in Not – diese Reform schadet allen“ hat eine Resonanz an der Basis der Gesundheitsversorgung, bei den Bürgern, bei den Patienten und in den Medien gefunden, die unsere Erwartungen weit übertroffen hat (siehe auch „Thema“ Seite 9).

Der Aktionstag hat bewiesen: Die geplante Gesundheitsreform stößt an der Basis der gesundheitlichen Versorgung auf erbitterten Widerstand. Das Gerede, die Kritik beschränke sich auf einige so genannte Funktionäre, ist widerlegt worden.

Vielmehr hat es am 4. Dezember einen regelrechten Aufstand der Basis gegen das Reformvorhaben gegeben. In der ganzen Republik herrschte der Ausnahmezustand im Gesundheitswesen. Es ist einmalig in der jüngeren Sozialgeschichte, dass alle Gesundheitsberufe mit an Bord waren, außerdem die Krankenhäuser. Bundesweit stehen rund 40 Organisationen für die Beteiligten.

Sie alle sind nicht bereit, eine Reform hinzunehmen, die sich direkt gegen die Interessen kranker Menschen und gegen diejenigen richtet, die tagtäglich mit großem Engagement kranke Menschen versorgen. Ein Gesetz, das zu einer spürbaren Ausdünnung der gesamten Gesundheitsversorgung, Wartezeiten, Versorgungsengpässen, Qualitätseinbußen, Praxispleiten und Krankenhausschließungen führt, können wir nicht akzeptieren.

Mit ihren Gesetzesplänen setzt sich die Bundesregierung nicht nur über die Patienten und die Gesundheitsberufe hinweg, sie übergeht auch den geballten Sachverstand zum Beispiel der Krankenversicherungen und der Wissenschaft.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen lag ein Schwerpunkt des Protestes. Zwischen Rhein und Weser gab es besonders viele Praxisschließungen, Kundgebungen und Podiumsdiskussionen, Infostände und eine kreative Vielfalt von symbolischen Aktionen. In zahllosen Gesprächen in den Städten und Kreisen des Landes konnte vermittelt werden, worum es geht.

Die Menschen spüren, dass etwas faul ist an dieser Gesundheitsreform. Inzwischen sind nach repräsentativen Umfragen weit mehr als 80 Prozent – wie vor einigen Wochen gemessen – dagegen. Gesundheitspolitisch gerät Berlin zunehmend an den Rand der Republik. Die Große Koalition regiert an den Menschen, am Alltag der gesundheitlichen Versorgung vorbei.

Manch einer schaut zu europäischen Nachbarn und erkennt: Der Gesetzentwurf führt auf direktem Wege zu einem staatlichen Gesundheitsdienst mit Wartelistenmedizin und Leistungsausschlüssen wie heute schon in den Niederlanden und Großbritannien.

Der Aktionstag wird nicht ohne politische Folgen bleiben – auch wenn die Bundesgesundheitsministerin uns das glauben machen will und nach dem Motto „Augen zu und durch“ verfährt.

In unseren Gesprächen stellen wir fest, dass immer mehr Abgeordnete des Deutschen Bundestages nachdenklich werden und ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht auf eine eigene Meinung nicht umstandslos dem Fraktionszwang zu opfern bereit sind.

Auch aus den Bundesländern mehrern sich die kritischen Stimmen. Die weit über 100 Änderungsanträge im Bundesrat und jüngste Äußerungen unseres NRW-Gesundheitsministers Karl-Josef Laumann machen das deutlich.

Wir danken all denjenigen, die sich an dem Aktionstag aktiv beteiligt haben. Lassen Sie uns diesen Schwung nutzen für weitere intensive Gespräche mit Entscheidungsträgern, Bürgern und Patienten in den nächsten Wochen und Monaten – auch in Ihrer Stadt, in Ihrem Kreis.

Gerade von Nordrhein-Westfalen, das Schwerpunktland des Protestes am 4. Dezember war, kann eine Vielzahl von Anstößen für eine neue und bessere Gesundheitspolitik ausgehen.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer
und des Deutschen Ärztetages
Präsident der
Ärztekammer Nordrhein*

*Dr. Theodor Windhorst
Präsident der Ärztekammer
Westfalen-Lippe*